

Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland

Rechtswidrige Bauwagensiedlung am Waller Hagenweg

Ende Dezember 2018 wurde ein öffentliches, im Besitz des Landes Bremen befindliches Gelände am Hagenweg in der Kleingartenkolonie Waller Fleet von Akteuren der sogenannten Ölhafen-Initiative besetzt. Diese Aktion diente dem Zweck, zunächst eine Bauwagensiedlung auf dem Areal zu errichten und später ein linksalternatives Wohnprojekt zu etablieren. Die einschlägigen bau- und planungsrechtlichen Vorschriften wurden dabei nachweislich missachtet.

Die widerrechtliche Nutzung des Grundstücks durch die Ölhafen-Initiative wird von den Behörden nun schon seit über fünf Jahren geduldet. Die fortwährende Hinnahme des Rechtsbruchs dürfte der mittlerweile gewonnenen Erkenntnis auf Seiten der politisch Verantwortlichen geschuldet sein, dass eine Legalisierung dieses linksalternativen Wohnprojekts, dem der Bremer Senat aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE naturgemäß wohlwollend gegenübersteht, juristisch nicht möglich ist. Denn es fehlt schlicht an den gesetzlichen Voraussetzungen, um eine solche Genehmigung erteilen zu können.

Doch anstatt dem Recht Geltung zu verschaffen und das Gelände von der Polizei räumen zu lassen, spielen die zuständigen Entscheidungsträger auf Zeit. Zwar werden die am Hagenweg herrschenden Zustände in schöner Regelmäßigkeit im Beirat von Walle thematisiert. Konkrete Schritte, die geeignet wären, den Rechtsfrieden wiederherzustellen, sind aus diesen Debatten bislang nicht resultiert. Lässt man die Jahre 2018 bis 2024 Revue passieren, dann muss man nüchtern bilanzieren, dass abgesehen von fruchtlosen Planungen, regelmäßigen „runden Tischen“ mit Vertretern der Ölhafen-Crew und der fortgesetzten Duldung des Bauwagenplatzes in der Sache nichts geschehen ist.

Auch wiederholte Beschwerden über Ordnungswidrigkeiten und Straftaten wie Lärmbelästigung und Beleidigungen, die von den linksalternativen Bewohnern der Bauwagen ausgehen sollen, haben den Senat bislang nicht dazu veranlasst, die rechtswidrige Siedlung aufzulösen. Und dass es Nutzer der Kleingärten als ungerecht empfinden, wenn ihnen das Wohnen in ihren

Parzellen unter Hinweis auf die gesetzlichen Vorschriften untersagt wird, während die Besetzer in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft genau das schon seit Jahren unbehelligt tun, ist zumindest für die Fraktion Bündnis Deutschland nachvollziehbar.

Auch mit Blick auf den Umweltschutz wirft der Bauwagenpark am Waller Hagenweg zahlreiche Fragen auf, etwa wenn es um die möglichen ökologischen Folgen einer unsachgemäßen Müll- und Abwasserentsorgung durch die Bewohner geht.

Wir fragen deshalb den Senat:

1. Wie begründet der Senat die seit mehr als fünf Jahren währende Duldung des illegalen Bauwagenplatzes Hagenweg in der Kleingartenkolonie Waller Fleet, was zu einer Verfestigung des rechtswidrigen Zustands geführt hat?
2. Wurde mittlerweile ein Zwischennutzungsvertrag zwischen der Immobilien Bremen als Verwalter des städtischen Areals und dem Verein Ölhafen e. V. geschlossen, und wenn ja, von wann datiert dieser Vertrag, und welche Laufzeit hat die Vereinbarung?
3. Verfolgt der Senat aktuell Pläne, um die unbefugte Nutzung des Grundstücks am Hagenweg durch die Ölhafen-Initiative zu beenden, und wenn ja, wie sehen diese Pläne konkret aus, und wann sollen sie realisiert werden?
4. Ist dem Senat bekannt, dass Teile der besetzten Grünfläche von den Akteuren in einen Schrottplatz umgewandelt wurden, auf dem im größeren Umfang gebrauchte Autoteile und andere Metallteile lagern? Ist für diese Nutzung eine behördliche Erlaubnis erforderlich, und wenn ja, ist eine solche Genehmigung erteilt worden, und wann?
5. Trifft es zu, dass auf dem Gelände der illegalen Bauwagensiedlung Kraftfahrzeuge repariert werden, und wenn ja, sind solche Arbeiten dort zulässig? Wird etwa durch regelmäßige Kontrollen des Ordnungsamtes gewährleistet, dass die Aktivisten die umweltrechtlichen Vorgaben einhalten, damit das Areal nicht ökologisch geschädigt wird?
6. Werden Müll und Abwässer durch die Bewohner des Bauwagenparks nach Kenntnis des Senats ordnungsgemäß entsorgt, und wenn ja, in welcher Form liegen darüber Nachweise vor?
7. Ist der Bauwagenplatz an die städtische Strom- und Wasserversorgung sowie die Müllentsorgung angeschlossen? Sofern ja, werden die anfallenden Kosten durch die Akteure der Ölhafen-Initiative beglichen, gibt es ausstehende Beträge und/oder trägt die Stadt diese Ausgaben?

8. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass die Eigentümer und Pächter der Schrebergärten in der Kleingartenkolonie Waller Fleet wegen der einschlägigen Vorschriften des Bundeskleingartengesetzes ihre Lauben nicht zum dauernden Wohnen nutzen dürfen, während die Besetzer des Grundstücks am Hagenweg, das Teil der Grünanlage ist, genau dies tun, was eine Ungleichbehandlung darstellt? Wie ist diese Ungleichbehandlung zu rechtfertigen?
9. Wie viele Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Bereich der Bauwagensiedlung sind seit der illegalen Besetzung des Geländes durch Mitglieder der Ölhafen-Initiative im Dezember 2018 und dem 31. Januar 2024 aktenkundig geworden, und um welche Delikte handelte es sich dabei? (Bitte die Zahl der Delikte getrennt nach Jahren auflühren.)
10. Wie viele der Rechtsverstöße aus Frage 9 wurden nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden (mutmaßlich) von Bewohnern der Bauwagensiedlung oder Personen aus ihrem Umfeld begangen?
11. Sind im Zusammenhang mit Straftaten, die im Bereich des von Akteuren der Ölhafen-Initiative besetzten Geländes am Hagenweg begangen wurden, aktuell Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft oder Gerichtsprozesse anhängig? (Bitte die Zahl der Ermittlungsverfahren und der Gerichtsprozesse getrennt ausweisen.)
12. Wie viele Personen, die der Bauwagensiedlung oder ihrem Umfeld zuzurechnen sind, wurden seit Besetzung des Grundstücks am Hagenweg rechtskräftig verurteilt? (Bitte die Zahl der verurteilten Personen und die Höhe der Strafen nennen.)

Sven Schellenberg, Piet Leidreiter und Fraktion Bündnis Deutschland